



Gerda  
Hasselfeldt  
CSU



# hasselfeldts berliner notizen

## informationen zur aktuellen bundespolitik

15.04.2016

### Gemeinsame Ziele in Europa Es geht mit den Flüchtlingen voran

Die nachhaltige Reduzierung der Flüchtlingszahlen hat weiterhin Priorität. Wenn Hunderttausende von Menschen aus Krisen- und Kriegsgebieten fliehen und sich auf den Weg nach Europa machen, betrifft das uns alle in Europa. Die damit einhergehenden Probleme können nicht durch nationale Entscheidungen und Maßnahmen allein gelöst werden. Vielmehr bedarf es Lösungen auf europäischer und internationaler Ebene, um zu erreichen, dass unsere Außengrenzen geschützt sind, dass die Integrität des Schengen-Raumes gewahrt wird, die Migrationströme eingedämmt und die illegale Migration verringert wird.

Die Freizügigkeit in der Europäischen Union kann nur dann gewährleistet werden, wenn es uns gelingt, die Außengrenzen der Europäischen Union effektiv zu sichern. Zu diesem Zweck kontrolliert ein Marineverband unter deutscher Führung das Seegebiet zwischen Griechenland und der Türkei. Die Schiffe können Flüchtlinge aufgreifen und in die Türkei zurückschicken. Und auch die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX weitet ihre Kontrollen aus. Sie wird außerdem bis Mitte des Jahres ausgebaut und mehr Befugnisse erhalten. Eine weitere wichtige Aufgabe ist es, einen normal funktionierenden Schengen-Raum wieder herzustellen. Dabei müssen diejenigen Mitgliedstaaten, die sich in einer schwierigen Lage befinden, uneingeschränkte Unterstützung erhalten. Alle Mitglieder des Schengen-Raumes müssen den Schengener Grenzkodex vollständig anwenden. Drittstaatenangehörige, die die Einreisevoraussetzungen nicht erfüllen oder keinen Asylantrag gestellt haben, obwohl sie die Möglichkeit dazu hatten, muss an den Außengrenzen die Einreise verweigert werden. Auch bei der Bekämpfung der Fluchtursachen geht es voran. Auf der Geberkonferenz in London wurde beschlossen, mehr als 9 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Damit soll unter anderem die Versorgung in den Flüchtlingslagern in den Nachbarländern Syriens verbessert werden.

Unser vehementes Beharren im letzten Jahr, alle Westbalkanstaaten zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären, trägt Früchte. Die Zugangszahlen aus diesen Ländern sind dramatisch zurückgegangen. Aber auch nationale Maßnahmen wurden ergriffen und strengere Asylgesetze verabschiedet. Dabei hat sich die Hartnäckigkeit der CSU ausgezahlt. Wir haben nicht nur eine weitere Reduzierung und Begrenzung beim Familiennachzug erreicht, sondern ebenfalls eine Beschleunigung der Asylverfahren und der Abschiebungen. In Anlehnung an das Flughafenverfahren sollen in besonderen Aufnahmeeinrichtungen die zeitlichen Abläufe so gestaltet werden, dass das Verwaltungsverfahren innerhalb einer Woche und das Rechtsmittelverfahren innerhalb von zwei Wochen durchgeführt werden können. Für abgelehnte Asylbewerber soll die Rückführung direkt aus der Aufnahmeeinrichtung erfolgen. Asylsuchende werden nur nach Registrierung, Verteilung und Ausstellung eines Ankunftsnachweises die vollen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Verstöße gegen Zuweisungen in besondere Aufnahmeeinrichtungen ziehen Sanktionen im Asylverfahren nach sich. Abschiebungen werden erleichtert, weil die gesundheitlich begründeten Abschiebehindernisse stark eingeschränkt werden. Wir haben das Verfahren über Anträge auf Familiennachzug für Personen mit subsidiärem Schutz für einen Zeitraum von zwei Jahren vollständig ausgesetzt.

Damit verhindern wir, dass sich die Zahl der Schutzsuchenden innerhalb kurzer Zeit vervielfacht. Mit dem Gesetz zur schnelleren Ausweisung krimineller Ausländer können Asylsuchende und anerkannte Flüchtlinge bereits nach der Verurteilung zu einem Jahr Freiheitsstrafe selbst auf Bewährung ihren Schutzstatus verlieren. Darüber hinaus wurden die Hürden für die Abschiebung straffällig gewordener Ausländer deutlich gesenkt.

Im EU-Türkei-Abkommen vom 18. März haben die EU-Staats- und Regierungschefs und die Türkei vereinbart, die irreguläre Migration aus der Türkei in die EU zu beenden und sie stattdessen mit legalen Wegen der Neuansiedlung von Flüchtlingen in der EU zu ersetzen. So soll das Geschäftsmodell der Schleuser zerschlagen und den Migranten eine Alternative geboten werden, damit diese ihr Leben nicht aufs Spiel setzen.

Zur Unterstützung für die Versorgung syrischer Flüchtlinge in ihrem Hoheitsgebiet erhält die Türkei ab 2018 zusätzliche 3 Milliarden Euro. Zudem wird es eine vollständige Visa-Liberalisierung für türkische Staatsbürger schon ab Juni 2016 sowie die Öffnung fünf weiterer Kapitel in den EU Beitrittsverhandlungen geben. Auch soll die EU die Kosten der Rückführung von Flüchtlingen in die Türkei komplett übernehmen und für jeden von der Türkei wieder aufgenommenen Syrer, ein in der Türkei ordnungsgemäß registrierter syrischer Flüchtling in die EU einreisen dürfen. Die neue Vereinbarung stärkt auch die Beziehungen der Türkei zur EU. Es ist gut und notwendig, dass Europa zusammensteht und mit einer Stimme spricht. Aber die Flüchtlinge aus der Türkei müssen gerecht auf alle EU-Mitgliedstaaten verteilt werden und eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei wird es mit der CSU nicht geben.

Am letzten Mittwoch verständigte sich der Koalitionsausschuss auf Eckpunkte eines Integrationsgesetzes. Es ist das erste Integrationsgesetz in der Geschichte unseres Landes und enthält sowohl Förder- als auch Sanktionsmaßnahmen. Endlich werden die Forderungen der CSU umgesetzt: Zugang zum Arbeitsmarkt für Bleibeberichtigte und verpflichtende Teilnahme an Integrationskursen, die stärker auf Vermittlung unserer Werte abzielen. Wer Integrationsangebote ablehnt oder abbricht, muss mit Sanktionen und Leistungseinschränkungen rechnen. Auch die Wohnsitzauflage gehört zur Einigung. Sie ist wichtig, um soziale Brennpunkte und die Bildung von Parallelgesellschaften zu vermeiden.

Für ein soziales und gesellschaftliches Miteinander ist es erforderlich, dass die Menschen, die bei uns bleiben wollen, die Regeln und Werte unseres Rechtsstaates akzeptieren. Egal, ob ein Täter aus Deutschland stammt oder anderer Nationalität ist: Unsere Gesetze und Werte gelten für jeden und sind nicht verhandelbar. Dies gilt gerade auch für den Respekt und die Wertschätzung gegenüber Frauen und Andersgläubigen. Jeder hat das Recht, seine Religion frei auszuüben. Jeder, der das tut, hat ein Recht, entsprechend geschützt zu werden. Wer andere daran hindert, muss die Härte des Rechts spüren.